

**Leitsätze**  
**zur Europawahl 1989**  
der Freien Demokratischen Partei

**„Leitsätze für ein Europa, das sich lohnt.“**

(Beschlossen vom Bundeshauptausschuss  
in Saarbrücken am 25. Februar 1989)

**Leitsätze für  
ein Europa,  
das sich lohnt.**

**Leitsätze 1989 zur  
Europawahl.**

**F.D.P.**  
Die Liberalen



## EUROPA – Eine Gemeinschaft freier Bürger

Die F.D.P. will ein freiheitliches, den demokratischen Grundsätzen verpflichtetes und sozial gerechtes Europa, das auf seiner kulturellen Vielfalt aufbaut. Es muß wirtschaftliche Stabilität und gleichzeitig eine lebenswerte Umwelt gewährleisten.

Nur so werden wir die großen europäischen Ziele erreichen: Erhaltung des Friedens in Europa, langfristige Selbstbehauptung unseres Kontinents, Durchsetzung der Menschenrechte, der Demokratie und des Friedens in der Welt.

Die F.D.P. ist der Überzeugung, daß diese Ziele nicht mehr von den Nationalstaaten, sondern nur von einer Europäischen Union zu erreichen sind. Im Zweifel muß der Weg hin zu dieser Europäischen Union Vorrang vor der Vertretung kurzfristiger nationaler Interessen haben.

Mit dieser Position ist die F.D.P. die Europapartei.

Die Liberalen haben die Europäische Gemeinschaft entscheidend geprägt. Die 1983 anläßlich des Europäischen Rates in Stuttgart unterzeichnete „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ wurde von Hans-Dietrich Genscher initiiert. Das war der Grundstein zur Einheitlichen Europäischen Akte. Sie ist ein Meilenstein in der Europäischen Geschichte. Sie hat den Weg zum Binnenmarkt '92 geöffnet. Es ist das entscheidende Verdienst der deutschen Ratspräsidentschaft im Jahr 1988, daß sie politische Hindernisse überwunden und das Tor zum Europa ohne Grenzen weit aufgestoßen hat.

Immer mehr Entscheidungen werden heute auf europäischer Ebene getroffen. Die Europäische Gemeinschaft muß sich aber auf solche Aufgaben konzentrieren, die von den Mitgliedstaaten nicht wirkungsvoll wahrgenommen werden können. Sie sollte nicht auf Feldern tätig werden, welche keiner einheitlichen Regelung bedürfen. Entscheidungen auf EG-Ebene dürfen jedoch nicht wie bisher von einer Bürokratie getroffen werden, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Deshalb will die F.D.P. umfassende Kompetenzen für das Europäische Parlament. Dazu haben die Liberalen die Initiative ergriffen. Deutsche Liberale gehören ins Europäische Parlament. Sie werden sich dafür einsetzen, daß ein liberales Europa Wirklichkeit wird.

## I. Die Europäische Friedens- und Sicherheitsgemeinschaft fortentwickeln

Die F.D.P. hat durch ihre Außenminister Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig und erfolgreich geprägt und damit einen unverwechselbaren Beitrag zur Friedenssicherung in Europa geleistet.

Dies gilt auch für die zahlreichen politischen Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft. Auch künftig muß die Gemeinschaft durch geschlossenes Auftreten den politischen Einfluß ausüben, der ihrer Bedeutung und ihrer Wirtschaftskraft entspricht. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) hat sich in der Vergangenheit dynamisch entwickelt und während der KSZE-Verhandlungen in Wien beispielhaft bewährt. Durch sie leisten die Staaten der Europäischen Gemeinschaft ihren Beitrag zur Lösung der regionalen Konflikte in der Welt. Die friedenssichernde Wirksamkeit der Gemeinschaft muß durch Koordination und Zusammenfassung gesteigert werden.

Die positiven Veränderungen in der Sowjetunion und anderen Staaten Osteuropas und die wachsende internationale Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft fordern eine europäische Friedens- und Sicherheitspolitik. Liberale Politik will den Frieden in Europa durch systemöffnende Zusammenarbeit mit den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gewährleisten. Der KSZE-Prozeß ist ein wichtiges Instrument für die von uns angestrebte europäische Friedensordnung, in der Menschenrechte und Gerechtigkeit Grundlage gutnachbarlichen Zusammenlebens sind.

In einer so gestalteten Friedensordnung und fest verankert im westlichen Bündnis wird es dem deutschen Volk möglich werden, sein Recht auf Selbstbestimmung in Einklang mit den Interessen seiner Nachbarn in Ost und West zu verwirklichen. Unser nationales Schicksal ist in das Schicksal Europas eingebettet. Die Verwirklichung der Europäischen Union und die Überwindung der Teilung Deutschlands sind keine Gegensätze. Das eine fördert das andere. Beide dienen dem Abbau von Spannungen.

Die F.D.P. strebt ein westeuropäisches Verteidigungssystem an, daß sich als europäischer Pfeiler im Rahmen des Nord-Atlantik-Paktes versteht. Die durch den Beitritt Spaniens und Portugals gestärkte WEU ist ein wichtiger Schritt zu einem solchen Verteidigungssystem.

## II. Die Europäische Union verwirklichen

Die F.D.P. fordert die Verwirklichung der Europäischen Union als Bundesstaat auf der Grundlage einer demokratischen Europäischen Verfassung. Der föderative Aufbau dieses Bundesstaates gewährleistet eine demokratische und bürgernahe Machtkontrolle. Die F.D.P. will ein Zweikammersystem. Die erste Kammer bildet das Europäische Parlament. Es wird nach dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts von allen Bürgern der Gemeinschaft gewählt. Das Europäische Parlament muß umfassende gesetzgeberische Befugnisse und demokratische Kontrollbefugnisse sowie ein weitgehendes Budgetrecht erhalten. Es

wählt die Kommission als europäische Regierung. Nach dem Modell des Bundesrates ist eine zweite Kammer zu schaffen, in der die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der Länder vertreten sind.

Die F.D.P. hat im Deutschen Bundestag die Initiative zum Ausbau der Rechte des Europäischen Parlamentes ergriffen. Sie wird sich nach ihrem Einzug in das Europäische Parlament auch dort tatkräftig für die Verwirklichung der Europäischen Verfassung einsetzen.

Die Bürger der Europäischen Gemeinschaft sollen an ihrem Wohnsitz das aktive und passive Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen erhalten. Voraussetzung ist die Verbürgung der Gegenseitigkeit, ein zusammenhängender Mindestaufenthalt von 12 Monaten für das aktive Wahlrecht, von einer kommunalen Legislaturperiode für das passive Wahlrecht.

### **III. Den gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt vollenden**

Wir wollen ein Europa ohne Grenzen mit einem Binnenmarkt, in dem die Freizügigkeit der Menschen, freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr gewährleistet sind. Dieser Binnenmarkt ist Voraussetzung für die politische Union, er allein ermöglicht es aber auch, daß sich die europäische Wirtschaft in der Welt behaupten kann. In diesem freien Markt mit 320 Millionen Einwohnern werden sich die Stärken und Qualitäten des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik im Wettbewerb voll entfalten: hohe Qualifikation der Arbeitnehmer und Selbständigen, die gute Infrastruktur, Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sozialer Frieden und die von der F.D.P. verbürgte Stabilität der politischen Rahmenbedingungen.

Wesentlicher Integrationsmotor ist der Wettbewerb. Sein Schutz und Ausbau im Sinne der sozialen Marktwirtschaft sind vorrangiges europapolitisches Ziel der F.D.P. Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes zwingt zu einer abgestimmten Währungs- und Wirtschaftspolitik. Ein erster Schritt ist der überfällige Beitritt aller Mitgliedsstaaten zum Europäischen Währungssystem. Darüber hinaus setzt sich die F.D.P. für die frühestmögliche Errichtung einer unabhängigen Europäischen Zentralbank ein, die auf Geldwertstabilität verpflichtet ist und die es jedem Bürger ermöglicht, mit dem ECU als europäischer Währung zu zahlen.

Die Vollendung des Binnenmarktes nützt dem Verbraucher. Sie führt zu einem erweiterten Waren- und Dienstleistungsangebot, setzt mehr Wettbewerb frei und baut teure Verwaltungsschranken ab. Der Verbraucher muß sich aber über die Qualität der von ihm gekauften Produkte verlässlich informieren können. Zur Sicherung des Wettbewerbes und zur Verhinderung von wirtschaftlicher Machtzusammenballung fordern wir eine europaeinheitliche Kartellpolitik; so fordern wir ein unabhängiges EG-Kartellamt. Darüber hinaus fordern wir europaeinheitliche Sicherheitsnormen und die Vereinheitlichung der Vorschriften über die Kennzeichnung, insbesondere für Produkte, die gesundheitsgefährdende Stoffe beinhalten. Beim Verbraucherschutz darf es keine faulen Kompromisse geben.



Die Abschaffung der Binnengrenzen in der Europäischen Gemeinschaft darf die innere Sicherheit der Mitgliedstaaten nicht gefährden. Darum fordern wir die Verlagerung der Kontrollen an die Außengrenzen sowie die grenzübergreifende Zusammenarbeit der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden insbesondere bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität und des Terrorismus. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nicht zur Einschränkung von Grundrechten und Grundfreiheiten wie dem Asylrecht für politisch Verfolgte und dem Datenschutz führen.

Der Binnenmarkt darf nicht zu einem protektionistischen Wirtschaftsblock werden. Mit uns Liberalen wird es einen solchen Binnenmarkt nicht geben. Die Bundesrepublik muß als eine der größten Handelsnationen der Welt und als Garant eines freien Welthandels allen Versuchen widerstehen, den Binnenmarkt zur Abschottung nach außen zu mißbrauchen. Wir wollen keine „Festung Europa“, sondern den freien Handel mit allen Staaten der Welt, vor allem auch mit den Entwicklungsländern. Andererseits müssen die Grundsätze des GATT auch im Agrarbereich Richtschnur des freien Welthandels sein und auf den Dienstleistungsbereich ausgedehnt werden.

Zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes gehört eine konsequente Liberalisierung und gleichzeitige Harmonisierung im Verkehrswesen, um eine Benachteiligung der deutschen See- und Binnenhäfen auszuschließen. Die Verkehrsverbindungen von Zentraleuropa nach Skandinavien müssen ausgebaut werden. Darüber hinaus ist für eine rasche Verknüpfung der europäischen Zentren durch ein Schienen-Hochgeschwindigkeitsnetz zu sorgen.

#### **IV. Die soziale Sicherheit gewährleisten**

Der sozialen Dimension des Europäischen Binnenmarktes kommt nach Auffassung der F.D.P. ebenso große Bedeutung zu wie den wirtschaftlichen Auswirkungen. Nur mit Unterstützung aller – Bürger und Organisationen – kann ein funktionierender Binnenmarkt in Europa aufgebaut werden. Dazu gehört auch die Beseitigung der sozialpolitischen Hindernisse, die die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen behindern. Damit die Arbeitnehmer mit dem Wandel in der Arbeitswelt Schritt halten können, muß die berufliche Qualifikation europaweit gefördert werden. Dies wird dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit in Europa abzubauen.

Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen, daß der hohe Standard der sozialen Sicherungen (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung, Frauen- und Familienpolitik, Arbeitsschutz usw.) in der Bundesrepublik erhalten bleibt. Soweit aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine Harmonisierung von Sozialleistungen erforderlich ist, streben die Liberalen eine Anpassung der Leistungen anderer EG-Länder an den deutschen Standard an.

#### **V. Die Umwelt retten**

Umweltbelastungen machen an den Grenzen nicht halt. Deshalb fordern wir Liberalen höchste Priorität für die europäische Um-

weltpolitik. Dabei hat Umweltvorsorge und Vermeidung der Umweltbelastung Vorrang vor der späteren Reparatur von Umweltschäden.

Umweltrechtlicher Standard nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik muß überall in der Gemeinschaft, wenn irgend möglich, verwirklicht werden. Dazu bedarf es der Erweiterung der finanziellen Mittel sowie der Aufstellung einer Prioritätenliste für Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet der Umwelttechnik. Neben der Reinhaltung von Luft, Boden und Wasser ist die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der schadstofffreien Energieerzeugung eine herausragende Aufgabe der Europäischen Gemeinschaften. Das marktwirtschaftliche Instrumentarium ist weiter zu entwickeln, damit umweltfreundliches Verhalten sich auch für Verbraucher und Unternehmen lohnt.

Auch beim Umweltschutz haben wir eine Vorreiterrolle. Wir Liberalen werden keine Kompromisse auf niedrigstem Niveau akzeptieren. Wir werden die in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehenen nationalen Möglichkeiten voll ausschöpfen, um einen hohen Umweltstandard sicherzustellen. Es ist notwendig, daß die Bundesregierung deutsche Zusagen und Kompromisse auf EG-Ebene in anderen Bereichen verknüpft mit Vereinbarungen über Fortschritte im Umweltbereich. Wir fordern die Schaffung eines Europäischen Umweltamtes, das die nationalen Aktivitäten der EG-Mitgliedstaaten vorantreibt und koordiniert.

## **VI. Die Herausforderung von Forschung und Technologie annehmen**

Die dynamischen Entwicklungen in Forschung und Technologie mit ihren Chancen und Risiken sind die maßgeblichen Gründe für weitgreifende Veränderungen der menschlichen Lebensbedingungen. Sie sind die Ursache für Wertewandel und neue Weltbilder. Liberale Forschungs- und Technologiepolitik will in vernunftorientierter Abwägung der neuen Potentiale Rahmenbedingungen schaffen, für die die Lebensinteressen heutiger und künftiger Generationen bei wachsender internationaler Verflechtung der Maßstab sind. Die europäische Forschungspolitik konzentriert sich auf den Erwerb besserer Erneuerungs- und Anpassungsfähigkeiten an neue Lebensbedingungen und dabei insbesondere auf die aktive Bewältigung von Strukturwandlungsprozessen.

Die Liberalen fordern, daß Informationen über den Stand und Inhalt von Forschungsarbeiten in der Gemeinschaft überall auf einfache Weise verfügbar, bürokratische Hindernisse bei der Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen ausgeräumt werden und die Gestaltung der EG-Forschungsprogramme durch parlamentarische Mitwirkung eine größere demokratische Basis gewinnt. Nur in einer europäischen Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiegemeinschaft, in der menschliche und materielle Ressourcen zusammengefaßt werden, haben wir die Chance, den internationalen Wettbewerb zu bestehen.

## VII. Die Europäische Landwirtschaftspolitik reformieren

Unser langfristiges Ziel besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft in einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu stärken. Wir bejahen einen sozial abgefederten Strukturwandel. Der leistungsfähige bäuerliche Familienbetrieb muß erhalten bleiben. Um dieses Ziel zu gewährleisten, treten wir für eine stufenweise Einführung von Marktmechanismen in der Landwirtschaft ein. Produktionsmindernde Maßnahmen, insbesondere die Förderung einer umweltverträglichen extensiveren Bewirtschaftung, sollen verstärkt EG-weit durchgeführt werden. Die Stilllegung von Betrieben und Nutzflächen soll weiter gefördert und EG-weit umgesetzt werden.

Beihilfen für die Landwirtschaft sollen so eingesetzt werden, daß sie keinen Anreiz zur Produktion von Überschüssen ausüben, sondern die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe verbessern. Leistungen der Landwirtschaft für Naturschutz und Landschaftspflege müssen finanziell honoriert werden. Der Übergang in neue Berufe sowie in den Frühruhestand ist ebenfalls zu unterstützen.

## VIII. Für eine Europäische Entwicklungshilfepolitik

Die Europäische Gemeinschaft ist zu einem der ersten Ansprechpartner für die Entwicklungsländer geworden. Im Hinblick auf ihr politisches Gewicht und ihre wirtschaftliche Potenz und Interessen kann und muß die Europäische Gemeinschaft den eingeschlagenen Weg fortsetzen und die Hilfe für die Entwicklung der Staaten in der Dritten Welt verstärken. Dabei gilt es, die Mittel, die der Gemeinschaft bisher zur Verfügung standen, deutlich aufzustocken, die noch immer ausgeprägte nationalstaatlich orientierte Entwicklungshilfepolitik der Mitgliedstaaten einzudämmen und wirksam gegen die Zersplitterung und mangelnde Koordination beim Einsatz nationaler Mittel vorzugehen.

Die F.D.P. fordert für eine europäische Entwicklungshilfepolitik:

- Die nationalen Entwicklungshilfepolitiken sind stetig bis zu einer Harmonisierung aufeinander abzustimmen. Das Ziel ist die Übertragung der bisherigen nationalen Kompetenzen im Bereich der Entwicklungshilfepolitik auf die Gemeinschaft mit einem gesonderten Kapitel im EWG-Vertrag. Damit soll die Entwicklungshilfepolitik der nationalen Außen- und Außenwirtschaftspolitik und den nationalen Interessen entzogen werden.
- Die Mittel für die Entwicklungshilfepolitik sind deutlich zu erhöhen. Die Europäische Gemeinschaft soll zukünftig mindestens 0,75% des in der Gemeinschaft erwirtschafteten Bruttonationalproduktes für die öffentliche Entwicklungshilfe aufwenden. Die Mittel für die Entwicklungshilfepolitik sind in den ordentlichen Haushalt einzustellen, über den das Europäische Parlament zu befinden hat.



Zweck der europäischen Integration ist nicht nur die wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung Europas, sondern auch die Stärkung seiner kulturellen Identität. Beides zusammen ist Voraussetzung für eine tiefe und dauerhafte europäische Einigung.

Die kulturelle Vielfalt Europas ist sein großer Reichtum. Wir Liberalen wollen diese Vielfalt erhalten und fördern. Dazu gehört auch, daß das Angebot europäischer Sprachen an den Schulen erweitert wird.

Die kulturelle Dimension Europas endet nicht an den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft. Das ganze, unteilbare Europa lebt aus seiner historischen und geistigen Identität. Ziel liberaler Kulturpolitik in Europa ist es deshalb auch, die kulturelle Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas zu verstärken.

Die ungeteilte deutsche Kultur sehen wir Liberale als Brücke zwischen West und Ost an. Sie ist als Teil der weltoffenen Kultur ganz Europas in die weltweite Wechselbeziehung der Kulturen eingebettet.

# **Das liberale Europa lohnt sich.**

---

Impressum:

Herausgeber: F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle,  
Baunscheidtstraße 15, 5300 Bonn 1

Verlag: liberal-Verlag, Am Kreuzeck 5-7,  
5205 Sankt Augustin 1

Druck: Greven & Bechtold GmbH, 5000 Köln